

Sparpaket der Bundesregierung

CSU STEHT FÜR SOLIDE HAUSHALTPOLITIK

16.06.2010

Verantwortungsbewusste Haushaltspolitik ist ein Markenzeichen der CSU. Ganz Deutschland muss den Mentalitätswandel zu einer Haushaltspolitik schaffen, die der Verantwortung für kommende Generationen gerecht wird. Das Wahlprogramm von CSU und CDU zur Bundestagswahl 2009 ist klar und eindeutig: „Wir werden die von uns durchgesetzte Schuldenbremse im Grundgesetz einhalten“.

Vernünftig mit dem Geld der Steuerzahler hauszuhalten, ist ebenso ein Markenzeichen christlich-liberaler Koalitionen. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und FDP verpflichtet: „Die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die zu ihrer Bewältigung ergriffenen Maßnahmen haben tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Mit der Überwindung der Krise muss ein strikter Konsolidierungskurs einsetzen.“ Das gilt es jetzt umzusetzen.

Ein überschuldeter, schwacher Staat bedeutet nur für die wenigsten Bürgerinnen und Bürger keine Nachteile. Die überwältigende Mehrheit der Menschen braucht einen leistungsfähigen Staat. Nur ein finanziell gesunder Staat kann auch morgen ihre persönliche und soziale Sicherheit gewährleisten. Deshalb ist Sparsamkeit notwendig.

Die Eckpunkte für den Bundeshaushalt 2011 und den Finanzplan bis 2014 weisen den Weg für glaubwürdig solide Staatsfinanzen. Deutschland steht zu seiner Zusage, das strukturelle Defizit ab dem Jahr 2011 um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr zurückzuführen. Im Jahr 2011 werden 11,2 Mrd € gespart. Spätestens im Jahr 2013 wird Deutschland die Defizitgrenze des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts wieder einhalten. Bis 2014 werden rund 80 Mrd € eingespart. Mit der Schuldenbremse in Art.115 Grundgesetz hat Deutschland sich zu einer nachhaltigen, soliden Haushaltspolitik verpflichtet. Deutschland setzt damit Maßstäbe für eine neue Kultur der Stabilität in Europa. Für die Stabilität unserer Währung ebenso wie für die Gestaltung unserer Zukunft ist eine solide Finanzpolitik in allen Mitgliedstaaten der EU die zentrale Aufgabe.

Die Anzeichen für einen Aufschwung verdichten sich

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist seit langem notwendig. Der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte wird 2010 voraussichtlich fast 80% des BIP erreichen. Davon entfallen 62% auf den Bund, 31% auf die Länder und 7% auf die Kommunen. 12% des Bundeshaushalts sind durch Zinszahlungen gebunden – denn auch in guten Zeiten wurde mehr ausgegeben, als eingenommen wurde. Die Notwendigkeit der Konsolidierung folgt dabei nicht aus aktuellen politischen Entscheidungen. Die Zahlen der Mai-Steuerschätzung liegen nahe bei den Annahmen, die der Finanzplanung des damaligen SPD-Finanzministers Steinbrück in der Großen Koalition im August 2009 zugrunde lagen. Keinesfalls kann von einer „unsoliden Politik der schwarz-gelben Regierung“ die Rede sein – im Gegenteil.

Die hohe Neuverschuldung 2009 und 2010 war notwendig zur Bekämpfung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Sie hat die Maßnahmen möglich gemacht, mit denen der Einbruch der Wirtschaft gedämpft wurde, die Bürgerinnen und Bürger entlastet und Arbeitsplätze gesichert. Der Punkt ist jetzt erreicht, in dem mit dem Übergang begonnen werden muss – weg von notwendiger Konjunkturstützung in der Krise, hin zu Sparen und Konsolidieren.

Es wäre unverantwortlich und verfassungswidrig, eine Haushaltspolitik der hohen Neuverschuldung im beginnenden Aufschwung unverändert fortzusetzen. Wichtige aktuelle Wirtschaftsdaten sind ermutigend:

- ♦ Die Arbeitslosigkeit in Deutschland geht zurück – als einzigem aller europäischen Länder. 2010 war die Zahl der Arbeitslosen im Mai so niedrig wie in diesem Monat seit 1992 nicht mehr.
- ♦ Das Frühjahrsgutachten prognostiziert ein reales Wachstum von 1,5% – die sonstigen Prognosen schwanken zwischen 1,2% (IWF), 1,9% (OECD und Bundesbank) und 2,3% (DIHK).
- ♦ Die deutliche Erholung der Auftragseingänge hat einen positiven Stimmungswandel hervorgerufen. Positive Impulse gehen vor allem von anziehenden Export aus. Untersuchungen von Ifo-Institut und KfW zeigen eine rasante Stimmungsaufhellung im Mittelstand. Auch die Industrie sieht auf breiter Front eine Trendwende.
- ♦ Die Steuereinnahmen liegen bereits zwei Monate in Folge über den Vorjahreswerten – im Mai um 1,6%.

Unser Ziel ist, durch nachhaltiges Sparen nachhaltiges Wachstum möglich zu machen. Deshalb wird vorwiegend auf der Ausgabenseite konsolidiert. Deshalb werden Anreize für die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gesetzt. Deshalb wird in Bildung und Forschung investiert. Sparen und Prioritätensetzen ist kein Gegensatz – im Gegenteil. Wir machen durch gezieltes Sparen Deutschland zukunftsfähiger.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Eckpunkte für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2011 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2014 sind eine gute Diskussionsgrundlage. Am 07.07.2010 wird das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf beschließen. Danach wird der Deutsche Bundestag beraten. Klar ist: Für den Haushaltsentwurf der Bundesregierung gilt das gleiche wie für alle anderen Vorlagen: keine Verlässt den Bundestag so, wie sie eingebracht wurde.

Die überzogene Kritik an mangelnder sozialer Ausgewogenheit des „Sparpakets“ ist irreführend: Verwaltung, Unternehmen und Sozialleistungsempfänger werden an den zu schulternden Lasten beteiligt. Insgesamt sollen 2011 gut 13 Mrd € weniger ausgegeben oder mehr eingenommen werden. Davon entfallen 5 Mrd € auf Subventionskürzungen und zusätzliche Abgaben für Unternehmen, 5 Mrd € auf Einsparungen im Sozialbereich – denen zudem 2 Mrd € zusätzlicher Bundeszuschuss für die Gesetzliche Krankenversicherung gegenüberstehen – und 2,3 Mrd € auf Einsparungen bei der Bundesverwaltung, bei der Bundeswehr und bei Förderprogrammen der Bundesministerien. Der Schwerpunkt der Konsolidierung liegt nicht bei den Sozialleistungen – obwohl sie den Schwerpunkt der Ausgaben bilden.

Angemessene Haftung der Finanzmarktbranche wird sichergestellt

Die Absichtserklärungen der G20-Gipfel zur Finanzmarktregulierung müssen weltweit konsequent umgesetzt werden. Künftig darf kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleiben. Die Finanzmarktbranche ist angemessen an den Kosten der Krisenbewältigung und Krisenvorsorge zu beteiligen. Zur Krisenvorsorge werden zügig die Voraussetzungen für eine Bankenabgabe geschaffen, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen soll.

Wir haben daneben die Einführung einer Finanzmarktbesteuerung durchgesetzt. Vereinbart ist, dass eine Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzmarktkrise – über die Bankenabgabe hinaus – ab 2012 jährlich ein Aufkommen von 2 Mrd € erbringt. Die Bundesregierung hält bei der Finanzmarktbesteuerung eine internationale oder europäische Vorgehensweise für sinnvoll. In den kommenden Monaten werden die Arbeiten auf internationaler und europäischer Ebene zur Erarbeitung einer gemeinsamen Lösung intensiviert werden. Die Bundesregierung strebt die Umsetzung einer Lösung bis 01.01.2012 an.

Wirtschaft leistet großen Einsparbeitrag

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen stehen erneut auf dem Prüfstand, um den Bundeshaushalt zu entlasten. In erster Linie sollen die Ausnahmeregelungen der „Ökosteuern“ reduziert werden. Für Unternehmen, die besonders energieaufwändig produzieren, wird der Energieverbrauch bisher nicht voll belastet. Diese Ausnahmen sollen mit Blick auf Unternehmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen, deutlich reduziert und so Mitnahmeeffekte abgeschafft werden. Das Aufkommen der Stromsteuer soll so 2011 um 1 Mrd € steigen.

Die Kernenergiewirtschaft ist im Unterschied zu anderen Energieproduzenten vom Emissionshandel nicht betroffen. Gleichzeitig sind durch die Einpreisung der CO₂ Zertifikate in den Strompreis die Preise gestiegen, die Stromproduktionskosten hingegen nicht. Hierdurch entstehen bei den Betreibern beträchtliche Zusatzgewinne. Das rechtfertigt eine Besteuerung der Kernenergie. Allein durch die Stilllegung und den Rückbau von kerntechnischen Anlagen – einschließlich voraussichtlicher Kosten für die Endlager von Atommüll – wird der Bund erheblich belastet. Auch sieht der Koalitionsvertrag eine angemessene Beteiligung der Kraftwerksbetreiber an den Sanierungskosten der Schachanlage Asse II vor. Um dies zu erreichen, soll eine zusätzliche Steuer für die Betreiber von Kernkraftwerken eingeführt werden. Die großen Energieversorger sollen so jährlich rund 2,3 Mrd € zugunsten des Bundeshaushalts aufbringen.

Der Bund investiert jedes Jahr Milliardenbeträge in den Erhalt und den Ausbau des Schienennetzes sowie in den Schienenpersonennahverkehr. Die DB AG selbst geht davon aus, dass sie sich erfolgreich entwickelt und entsprechende Gewinne erwirtschaftet. Die Deutsche Bahn AG soll deshalb dem Alleinaktionär Bund in den nächsten Jahren eine Dividende im Volumen von 500 Mio € jährlich ausschütten.

Der Flugverkehr trägt zu den Konsolidierungsbemühungen mit einer ökologischen Luftverkehrsabgabe bei. Im internationalen Flugverkehr müssen verstärkte Anreize für umweltgerechtes Verhalten gesetzt werden. Eine internationale Steuer auf Flugbenzin scheint gleichwohl kurzfristig unrealistisch, nationale Alleingänge für eine solche Steuer verbieten sich angesichts der globalen Wettbewerbssituation unserer Fluggesellschaften. Bis zur Einbeziehung des Luftverkehrs in den bereits vereinbarten CO₂-Emissionshandel wird nun eine nationale Abgabe für alle Passagiere erhoben, die von einem inländischen Flughafen abfliegen. Diese Flugticketabgabe wird nach ökologischen Aspekten differenziert werden, also in Abhängigkeit von Lärm und Verbrauch der Flugzeuge. Je Ticket wird es sich bei dem angestrebten Volumen von 1 Mrd € um einen Betrag von rund 8 € bis 14 € handeln. Diese Mehrkosten für die Flugpassagiere sind sowohl für Urlaubs- als auch für Geschäftsreisen vertretbar.

Der Ausbau vieler Bundesstraßen auf vier Fahrstreifen hat deren Attraktivität gerade auch für den Güterverkehr erheblich gesteigert. In vielen Fällen entwickeln sich vierstreifige Bundesstraßen mehr und mehr zu Lkw-Maut-Ausweichstrecken. Deshalb soll die Lkw-Maut ab 2011 auf vierstreifige Bundesstraßen ausgedehnt werden – wie das auch der Bundesrechnungshof gefordert hat.

Angemessener Beitrag der Verwaltung

Auch die öffentliche Verwaltung leistet ihren Beitrag zur Konsolidierung: Die Verwaltungsausgaben des Bundes und die Ausgaben in flexiblen und disponiblen

Bereichen werden 2011 um 2,3 Mrd € und mittelfristig jedes Jahr um knapp 4 Mrd € reduziert. Die Umsetzung dieser Vorgabe liegt in der Hand der jeweiligen Ministerien. Versoben wird etwa der Bau des „Humboldt-Forums“ am Standort des früheren Berliner Schlosses. Förderprogramme der Ministerien werden gekürzt. Wichtig war der CSU-Landesgruppe, dass das 750 Mio € Sonderprogramm für die Landwirtschaft ungeschmälert erhalten bleibt.

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass für die Bundeswehr eine Strukturreform erarbeitet wird. Eine Reform der Strukturen der Bundeswehr ist notwendig, um die Erfüllung ihres Auftrags unter veränderten Bedingungen zu sichern. Eine Wehrreform muss sorgfältig vorbereitet sein und intensiv diskutiert werden. Seit dem Aufbau der Bundeswehr durch Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß steht die CSU-Landesgruppe verlässlich an der Seite der Soldaten und ihrer Familien. In Bayern ist die Bundeswehr besonders anerkannt und verwurzelt, das muss bei den Strukturentscheidungen fair berücksichtigt werden.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes leisten einen wesentlichen und anerkennenswerten Beitrag zur Stabilität von Staat und Gesellschaft. Zum Erhalt dieser Leistung ist eine dem Aufgabenumfang angemessene Stellenausstattung selbstverständlich erforderlich. Gleichwohl ist ein Abbau von 10.000 Stellen bis zum Jahr 2014 erforderlich und vertretbar. Auch durch den Verzicht auf das geplante vollständige Wiederaufleben ihres Weihnachtsgeldes leisten die Beamten des Bundes ihren Beitrag zur Konsolidierung.

Sparen für die Kinder, nicht an den Kindern

Bildung und Forschung sind die zentralen Säulen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden das Rückgrat in den Betrieben unseres Landes. Innovative Produkte, die durch Forschung und Entwicklung entstehen, sichern unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze. Auf diesem Fundament ruhen auch die Systeme der sozialen Sicherung. Deshalb halten wir an unserem Ziel fest, 12 Mrd € zusätzlich für Forschung, Bildung und Entwicklung bis 2013 bereit zu stellen. Die Bundesregierung setzt damit eine klare Priorität für die Zukunft unseres Landes.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist eine Verpflichtung gerade den Kindern und allen nachfolgenden Generationen gegenüber. Die Unterstützung der Familien ist und bleibt dabei ein Schwerpunkt unserer Politik.

- ◆ Unangetastet bleiben die geplanten Investitionen in die frühkindliche Bildung. Am Ausbau der Kinderbetreuung wird nicht gerüttelt, das Sondervermögen für den Ausbau der Betreuungsstruktur ist ebenso verlässlich gewährleistet wie der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.
- ◆ Unangetastet bleiben auch das – zum 01.01.2010 um 20 € je Kind angehobene – Kindergeld, ebenso der Kinderzuschlag für Bezieher niedriger Einkommen und der Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende.

Das Elterngeld ist erfolgreich. Da vom Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend rund 70% auf das Elterngeld entfallen, waren hier Einsparungen dennoch unvermeidlich. Sowohl das Mindestelterngeld von 300 € als auch der Höchstsatz von 1.800 € bleiben dabei erhalten. Die Einsparungen von 600 Mio € jährlich erfolgen sozial ausgewogen und gerecht:

- ◆ Bisher erhielten Hartz-IV-Empfänger als einzige zusätzlich Elterngeld – für alle anderen ist das Elterngeld eine Lohnersatzleistung. Zuletzt hatte ein Paar mit zwei Kindern und Wohnkosten von 509 € dank Arbeitslosengeld II und Elterngeld ein Haushalts-Nettoeinkommen von knapp 1900 €. Künftig wird das Elterngeld bei Hartz IV-Empfängern angerechnet – so wie bereits bisher beim Kindergeld. Das wahrt künftig besser das Lohnabstandsgebot. Betroffen sind rund 16% aller Elterngeldbezieher.

- ◆ Bei höheren Einkommen wird die Einkommensersatzquote abgeflacht. Ab 1.240 € bereinigtem Nettoeinkommen werden nur noch 65% statt bisher 67% ersetzt. Betroffen sind rund 25% der Elterngeldbezieher. Einzelne Einkommensbestandteile – etwa der geldwerte Vorteil eines vom Arbeitgeber gestellten Dienstwagens – werden künftig nicht mehr in das Elterngeld eingerechnet.

Beschäftigungsanreize stärken

Dank der erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt müssen für Soziale Leistungen 2011 vermutlich rund 10 Mrd € weniger aufgewendet werden als im Haushalt veranschlagt. Dennoch: Defizite lassen sich nur über strukturelle Einsparungen dauerhaft zurückführen. Sozialleistungen machen über die Hälfte der Bundesausgaben aus, sie betragen im Bundeshaushalt 2010 mehr als 170 Mrd € – wovon 143 Mrd € auf den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) entfallen. Die geplanten Einsparungen von rund 5 Mrd € – davon 4,3 Mrd € beim BMAS – bedeuten eine Kürzung um 3%. Dies als Ende des Sozialstaats zu verteufeln, ist pure Demagogie.

Uns war wichtig, dass Rentnerinnen und Rentner, aber auch Menschen mit Behinderungen, die ihre Lebens- und Einkommenssituation nicht durch eigene Tatkraft verbessern können, geschützt bleiben. Bei Menschen, die keine Arbeit haben, können dagegen die Bedingungen dafür verbessert werden, dass sie ihr Leben in die eigene Hand nehmen können. Dabei konzentrieren wir uns auf Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsanreize und zum Abbau von Ineffizienzen in der Arbeitsvermittlung. Mehr Menschen in reguläre Arbeit zu bringen, ist nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern angesichts der demografischen Entwicklung und ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt unerlässlich für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Unser Grundgedanke ist: reguläre Arbeit für alle, die arbeiten können – und Hilfe für alle, die Hilfe brauchen.

Entfallen wird der zeitlich befristete Zuschlag für Arbeitslosengeld II-Empfänger beim Übergang aus dem Arbeitslosengeld I, für den bisher 200 Mio € jährlich aufzuwenden waren. Für diesen Zuschlag ist seit der Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I für ältere Arbeitslose die Begründung entfallen. Auch der Rentenversicherungsbeitragssatz für SGB II-Empfänger entfällt. Der Bund zahlt bisher jedes Jahr 1,8 Mrd €, damit ein Langzeitarbeitsloser später für ein Jahr ohne Job ganze zwei Euro mehr Rente im Monat bekommt. Wenn jemand 40 Jahre lang arbeitslos wäre, nähme die Rente um 80 Euro zu. Die einzige Möglichkeit, Altersarmut zu vermeiden, sind möglichst viele Beitragsjahre in Arbeit. Wer das aus welchen Gründen auch immer nicht schafft, bekommt in Deutschland eine Grundsicherung.

Gute Arbeitsmarktpolitik hängt mehr von der Qualität der erbrachten Dienstleistungen als von der Höhe der dafür aufgewendeten Summen ab. Deshalb werden wir im Bereich des SGB II und SGB III Instrumente und Strategien überprüfen und insbesondere für eine zielgenauere Förderung von Arbeitslosengeld II-Empfängern sorgen. Es geht auch darum, den einzelnen Vermittlern in den Jobcentern mehr Flexibilität beim Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente einzuräumen und keine starren Vorgaben zu machen. Wichtig ist die Konzentration auf die wirkungsvollsten Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen wird 2 Mrd € einsparen.

Beim Wohngeld werden 100 Mio € eingespart werden. Die Bundesregierung schlägt vor, dazu den Heizkostenzuschuss entfallen zu lassen. Als er 2008 eingeführt wurde, hatten die Energiekosten ein Rekordhoch erreicht, von dem sie aktuell weit entfernt sind.

Investitionen auf hohem Niveau verstetigt

Beim Investitionsetat des Bundesministeriums für Verkehr und Bau wird es keine steinbruchartigen Eingriffe geben. 2011 steht ein Investitionsvolumen von über

12 Mrd € zur Verfügung, davon sind rund 10 Mrd € für die Verkehrsträger vorgesehen. Mit diesem Geld werden weiterhin Straßen, Schienen und Wasserwege ertüchtigt, saniert und ausgebaut. Denn diese Verkehrswege sind die pulsierenden Lebensadern unserer Volkswirtschaft – und zugleich eine starke Grundlage für Wachstum und Arbeitsplätze. Die nunmehr erreichte Investitionslinie entspricht ziemlich exakt demjenigen Niveau, das in der letzten von der Großen Koalition vorgelegten Finanzplanung vom Sommer 2009 vorgesehen war.

Auch für diejenigen, die Wohneigentum erwerben wollen, gibt es eine gute Nachricht: Die Wohnungsbauprämie bleibt in voller Höhe erhalten. Das ist ein entscheidendes gesellschaftspolitisches Signal und zugleich ein wichtiger Beitrag zur Alterssicherung in Deutschland. Mit der Wohnungsbauprämie dienen wir unserem Ziel, die Eigentumsquote zu erhöhen.

Das überaus erfolgreiche KfW-Darlehens- und Zuschussprogramm für energetische Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich leistet einen wesentlichen Beitrag zu Energieeinsparung und Klimaschutz und hat in Zeiten der Wirtschaftskrise im Baunebengewerbe sowie im Handwerk wichtige Beschäftigungsimpulse gesetzt. Entgegen manchen Bestrebungen, das Programm völlig einzustellen, bleibt es erhalten. Die Reduzierung des Programms auf rund 450 Mio Euro im Jahr 2011 ist schmerzlich – vor dem Hintergrund der aktuellen haushaltspolitischen Herausforderungen aber vertretbar. Denn insgesamt wird das Programm dann ein Volumen von rund 7,3 Mrd € erreicht haben. Das derzeit historisch niedrige Zinsniveau ist in seiner Bedeutung als Anreiz für Bauherren, energetische Sanierungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen, gar nicht hoch genug einzuschätzen. Über die Gestaltung der Darlehenszinsunterstützung kann der Kreis der Geförderten durchaus auch weiter auf einem vergleichsweise hohen Niveau gehalten werden. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wird also 2011 seine Erfolgsgeschichte fortschreiben.

Zwei Stimmen zum Schluss:

„Die Bundesregierung steht vor einer doppelten Herausforderung: Mit Blick auf die kommenden Generationen und die Wahrung der Handlungsfähigkeit des Staates muss sie die rapide gestiegene Staatsverschuldung begrenzen. Andererseits ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, künftigen Generationen einen guten Bestand an Wissen, Technik und Infrastruktur zu hinterlassen. Die grundsätzliche Ablehnung der Sparvorschläge und die Behauptung, schon damit sei die Demokratie gefährdet, sind unverantwortlich.“

Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, Handelsblatt, 11.06.2010

„Das Sparpaket ist nach meinem Eindruck ausgewogen.“

„Geld, das man nicht hat, kann man nicht ausgeben.“

„Wir sind heute in einem starken Konjunkturaufschwung, in dem man Konsolidierung am ehesten verkraften kann.“

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Chef des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München